



## LAND VERKAUFT WOHNHAUS

Das Land Steiermark verkauft in Kapfenberg ein Wohnobjekt, das bisher der Wohnversorgung sozial schwacher Menschen gedient hat. Als Begründung dient ein Feuchtigkeitsschaden, der jedoch mit einer geringen Summe zu reparieren wäre. Gegen den Verkauf protestierte KPÖ-Labg. Werner Murgg: „In Zeiten wie diesen, wo immer mehr finanziell schwache Familien von einer Delogierung bedroht sind, ist dieser Verkauf ungeheuerlich!“ Die KPÖ stimmte gegen den Verkauf.



Der Bund will weiter für die Kernkraft zahlen, obwohl viele in Europa dagegen sind.

## LANDESPOLITIK WILL SICH NICHT EINSCHRÄNKEN

# Viel Geld für Wahlwerbung

KPÖ-Antrag zu Sparsamkeit gescheitert: Parteien dürfen weiter ohne Beschränkung Wahlwerbung auf Staatskosten machen.

Anlässlich einer Landtagsdebatte zum Thema „Offenlegung der Parteifinzen“ verabschiedete der Landtag einstimmig mehrere Anträge,

### GLÜCKSSPIEL

Ein Entschließungsantrag der KPÖ betreffend eine vom Land finanzierte Aufklärungskampagne über die Spielsucht wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt. KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker: „Gerade unser Bundesland hat die höchste Dichte an Geldspielautomaten im deutschsprachigen Raum.“

die allesamt auf eine Novellierung des Parteienförderungsgesetzes hinauslaufen. Damit soll erreicht werden, die Finanzen der politischen Parteien weitestgehend offen zu legen.

In der Debatte verwies KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker auf ein Grundübel bei den Ausgaben der Parteien. Kaltenecker: „Die Wahlkämpfe verkommen immer mehr zu Materialschlachten, in deren Folge sich die Parteien oft verschulden. Die Bevölkerung wird mit einer Inseraten- und Plakatflut zugedeckt. Hier müsste angesetzt werden.“ Die KPÖ stellte den Antrag, die Wahlkampfausgaben gesetzlich zu begrenzen. Dieser Antrag fand keine Mehrheit. SPÖ und ÖVP waren dagegen.

Im Zuge der Debatte um

den Vierteljahresbericht über den Stand der Europäischen Integration warfen die Grünen der KPÖ wegen ihrer EU-Wahlkampflosung „Nein zur EU“ billigen Populismus vor. KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg wies darauf hin, dass es entscheidend sei, ob man die EU für reformierbar oder für nicht reformierbar halte.

### KPÖ sagt Nein zur EU

Murgg: „Wir halten sie mit guten Argumenten für nicht reformierbar. Deswegen kämpfen wir für ein Bündnis von fortschrittlichen Nationalstaaten an Stelle der EU.“ In diesem Staatenbündnis müssten die Interessen der arbeitenden Menschen und nicht die der Konzerne den Ton angeben! Ein Antrag, in Zukunft auch EU-Abgeordnete

ein Rederecht im Landtag einzuräumen, wurde angenommen. Die KPÖ stimmte dagegen.

Nun liegt das Antwortschreiben des Bundeskanzleramtes zu einem Landtagsbeschluss zum Austritt Österreichs aus der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) vor. Grundtenor: Die Bundesregierung hält von einem Austritt wenig. Renate Pacher (KPÖ): „Die politischen Eliten wollen offenbar aus diesem Vertrag nicht aussteigen. Ihnen ist es egal, dass wir Millionen Euro hineinzahlen, obwohl viele Bundesländer bereits Austrittsbeschlüsse gefasst haben und auch die Bevölkerung austreten will.“

Ein Austritt, so Pacher, würde der Atomlobby beträchtliche Geldmittel entziehen.